

Protokoll

Thema	Protokoll a.o. Bezirksgemeindeversammlung vom 15. September 2025
Datum, Zeit	Montag, 15. September 2025, 19.30 bis 22.15 Uhr
Ort	Kultur- und Kongresszentrum Zwei Raben, Einsiedeln
Teilnehmende	<u>Bezirksrat:</u> Hanspeter Egli, Bezirksammann Anita Kälin, Bezirksstatthalterin, Ressortchefin Planung und Gewässer Andreas Kuriger, Säckelmeister, Ressortchef Finanzen Informatik Controlling Leta Bolli, Bezirksrätin, Ressortchefin Bildung und Kultur Patrick Notter, Ressortchef Volkswirtschaft und Sicherheit Stefan Kälin, Ressortchef Liegenschaften Sport und Freizeit Jürg Kalbermatten, Ressortchef Bau Umwelt Energie Annamarie Kälin-Steinegger, Ressortchefin Infrastruktur Bernadette Deuber, Bezirksrätin, Ressortchefin Soziales und Gesundheit Patrick Schönbächler, Landschreiber <u>Rechnungsprüfungskommission:</u> André Ott, Präsident Roland Föllmi Priska Schädler Urs Fässler <u>Abteilungsleitende (Bezirksverwaltung):</u> René Birchler, Landschreiber-Stv., Abteilungsleiter Präsidiales und Volkswirtschaft Sicherheit, Protokoll Raphael Bosshard, Abteilungsleiter Bildung und Kultur Thomas Geiges, Abteilungsleiter Planen Bauen Umwelt Energie Thomas Uhr, Abteilungsleiter Liegenschaften Sport Freizeit sowie rund 270 Stimmberechtigte

Begrüssung

Bezirksammann Hanspeter Egli begrüsst die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur ausserordentlichen Bezirksgemeinde.

Nach dem Gebet stellt der Bezirksammann fest, dass die Einladung zur Bezirksgemeinde vorschriftsgemäss erfolgt ist. Beanstandungen bezüglich Ankündigung oder Einladung werden keine vorgebracht, womit die Bezirksgemeinde ordnungsgemäss abgehalten werden kann.

Der Bezirksammann ersucht alle Anwesenden, welche nicht im Bezirk Einsiedeln stimmberechtigt sind, in einem separaten Bereich Platz zu nehmen. Er macht darauf aufmerksam, dass Personen, die wesentlich ohne Stimmrecht abstimmen, Wahl- und Abstimmungsfälschung begehen und sich damit strafbar machen.

Wer sich zu Wort meldet, soll sich zuhänden des Protokolls mit Namen und Vornamen vorzustellen. Die Versammlung wird für das Protokoll aufgezeichnet.

Bezirksammann Hanspeter Egli informiert, dass das Protokoll der Bezirksgemeinde vom 24. Juni 2025 an der Bezirksratssitzung vom 9. Juli 2025 genehmigt wurde.

Wahl der Stimmenzähler

Aus der Versammlung erfolgen keine Empfehlungen, weshalb der Bezirksammann folgende Personen als Stimmenzähler vorschlägt:

- Edi Reichmuth
- Yvonne Ackermann
- Sandra Hensler Kälin

Es erfolgen keine weiteren Nennungen, womit die vorgeschlagenen Personen als Stimmenzähler gewählt sind.

Traktandenliste

Landschreiber Patrick Schönbächler verliest die Traktandenliste:

- 1 Investitionsbeitrag und Betriebsbeiträge Sportzentrum Allmeind
- 2 Planungskredit Ersatz Kindergärten und Erweiterung Schulanlage Kornhausstrasse
- 3 Einbürgerung
- 4 Varia

Traktanden

1 Investitionsbeitrag und Betriebsbeiträge Sportzentrum Allmeind

Bezirksammann Hanspeter Egli macht darauf aufmerksam, dass die Sachvorlage in der Botschaft auf den Seiten 4 bis 22 erläutert werde und gibt das Wort an Christoph Bingisser vom Verwaltungsrat der Genossenschaft für die Präsentation des Projekts.

Christoph Bingisser startet die Präsentation mit einem Kurzfilm, welcher einen visuellen Eindruck des geplanten Sportzentrums vermittelt.

Nach dem deutlichen Ja vor zwei Jahren an der Urne, habe die Genossenschaft den Auftrag wahrgenommen, das Projekt zu überarbeiten. Das Planungsteam sei mit weiteren Fachplanern erweitert worden. Im Verwaltungsrat sei entschieden worden, dass an den drei Elementen Eissport, Hallensport und Fussball festgehalten werden soll. Auch hinsichtlich Betriebs und Nutzung wurden Optimierungen vorgenommen, so dass heute Abend ein ausgereiftes Projekt vorliege.

Der Hochwasserschutz, die geologischen Grundlagen, Brandschutzfragen, energetische Belange sowie die ganzen sanitären Anlagen seien nochmals überarbeitet worden. Alleine der Bereich HLKS schlage im aktuellen KV mit rund 5.5 Mio. Franken zu Buche.

Das Projekt sei vom Büro PBK AG nochmals überprüft worden. Die Zusammenarbeit sei im Gegensatz zur ersten Abstimmung gut gewesen. Man habe offen kommuniziert und sich ausgetauscht. Wesentliche Punkte des Berichts seien umgesetzt worden.

Christoph Bingisser führt auf, welche Kostenstellen nachgebessert worden seien: Honorare, Hochwasserschutz, Finanzierung, Bauherrenleistungen, Bauherrenberatung sowie Reserven.

Höhere Investitionskosten habe die Genossenschaft auch dazu gezwungen, die Betriebsrechnung anzupassen. Höhere Kosten bedeuten nicht auch höhere Einnahmen. So habe der Finanzierungsbereich, die Rückstellungen und die Kosten bei Unterhalt/Reparaturen ebenfalls angepasst werden müssen. Gegenüber dem ursprünglichen Projekt sei dieses um 180 Grad gedreht worden. Einerseits aufgrund der Hochwassersituation, andererseits aus betrieblichen und Kostenüberlegungen.

Christoph Bingisser zeigt die schematischen Pläne der einzelnen Geschosse: das EG mit dem Kunstrasenplatz und dem dazugehörigen Gebäudekörper, die Parkierung, den Eisbereich und die ganze Technik, welche nun ebenerdig geplant sei. Diese biete bessere Zugänglichkeit für Reparaturen.

Gegenüber dem vorherigen Projekt gebe es nun einen kalten Betriebsteil (Eishalle) und einen warmen Betriebsteil mit der Mehrzweckhalle, dem Foyer, den Garderoben, Ringerraum etc. Einerseits könnten so Verkehrsflächen gespart werden, andererseits auch Leitungen im Bereich der Technik.

Sowohl in der Mehrzweckhalle als auch in der Eishalle seien nun fixe Tribünen eingeplant, welche ganzjährig zugänglich seien. Die Tribüne in der Mehrzweckhalle biete Platz für 600 Personen, diejenige der Eishalle für 800 Personen.

Christoph Bingisser erläutert den aktuellen Kostenvoranschlag mit einer Kostengenauigkeit von $\pm 10\%$.

BKP	Arbeitsgattung	Kosten in CHF	Bemerkungen
0	Grundstück	0	Baurecht
1	Vorbereitungsarbeiten	140 000	
2	Gebäude	28 504 000	
3	Betriebsanlagen	1 847 000	
4	Umgebung / Kunstrasenplatz	2 932 000	
5	Baunebenkosten	1 932 000	
6	Reserve	3 250 000	10 % der Baukosten
7	Ausstattung	30 000	
Baukosten		38 635 000	

Der Punkt Reserven habe ihnen grosses Kopfzerbrechen bereitet. Ihr Planungsteam sei der Meinung gewesen, dass 5 % Reserven genug wären, das wären rund 1.6 Mio. Franken. Diese Einschätzung beruhe auf der Expertise des Planungsbüros Steinegger Baurealisation GmbH, welche über eine grosse Erfahrung im Eissport verfüge (Erweiterung Kunsteisbahn Küsnacht, Eisbahn Wallisellen). Der KV beruhe nicht auf kubischen Berechnungen, sondern sei zu 70 % mit Richtofferten hinterlegt. Dennoch lautete die Empfehlung des Büros PBK AG für die Reserve auf 15 %. Als Kompromiss seien die Reserven von der Genossenschaft nun auf 10 % erhöht worden.

Christoph Bingisser stellt die angepeilte Betriebsrechnung vor:

Einnahmen

Vermietung Eisfeld, Sporthalle, Kunstrasen, Ringerraum	1 143 725
Einnahmen Parkierung	226 300
Einnahmen Bezirk Einsiedeln	1 400 000
Einnahmen Sponsoring	94 000
Einnahmen Gönner / Spenden	30 000
TOTAL Einnahmen	2 894 025

Die Preise für die Vermietung des Eisfelds seien an diejenigen in Wollerau angelehnt. Diese hätten in der zweiten Saison bereits eine Volllauslastung.

Ausgaben

Material und Warenaufwand inkl. Drittleistungen	334 000
Personalaufwand	635 536
Unterhalt / Reparaturen / Ersatz	225 000
Administration / Informatik / Verwaltung	130 000
Amortisation	637 478
Rückstellungen	353 850
Finanzaufwand	583 853
TOTAL Aufwand	2 899 716

Der Personalaufwand sei mit 770 Stellenprozenten und einer vollen Auslastung des Sportzentrums kalkuliert, bei der Einnahmenseite sei bei der Eishalle zurückhaltend lediglich mit einer 85%igen Auslastung budgetiert worden. Vor allem zu Buche schlagen würde die Amortisation mit 640 000 Franken pro Jahr; damit wäre die Genossenschaft nach 25 Jahren schuldenfrei. Weitere 350 000 Franken (1 % der Investitionskosten) würden pro Jahr zurückgestellt. Der Finanzaufwand (Hypothekarzins) sei in Rücksprache mit der Raiffeisenbank auf 3 % festgelegt worden, was knapp 600 000 Franken ausmache. Von den totalen Baukosten in der Höhe von 38.6 Mio. Franken betrage die Fremdfinanzierung der lokalen Raiffeisenbank 15 Mio. Franken, 567 000 Franken seien bereits als Eigenmittel in die Planung geflossen. Noch zu beschaffen seien aktuelle Eigenmittel von CHF 5.6 Mio. Franken. Der Bezirksbeitrag belaufe sich auf 45 % der Investitionskosten, aktuell 17.4 Mio. Franken. Mit den 45 % seien sie nicht an das öffentliche Beschaffungswesen gebunden und könnten die Aufträge freihändig vergeben.

Christoph Bingisser merkt an, dass sie vor den Sommerferien beim Bezirksrat einen Antrag auf Wiedererwägung bezüglich Abstimmungsfrage gestellt hätten, da diese ihrer Ansicht nach die Einheit der Materie verletze. Die Hallensolidarität sollte nach Ansicht der Genossenschaft nicht Teil der Abstimmungsfrage sein. Der Bezirksrat habe den Wiedererwägungsantrag abgelehnt. Auf eine Beschwerde habe die Genossenschaft verzichtet.

Die Genossenschaft verfüge über eine schriftliche Finanzierungszusage der Raiffeisenbank, auch wenn diese aktuell noch «unverbindlich» sei. Mit dem jetzigen Projektstand und einer definitiven Zustimmung (erst) an der Urne sei die Unverbindlichkeit nachvollziehbar. Man sei in engem Kontakt mit der Raiffeisenbank, die Finanzierungszusage stehe. Es brauche jedoch ein Ja an der Urne sowie die noch offenen Eigenmittel. Die Raiffeisenbank stehe zu 100 % hinter dem Projekt.

Christoph Bingisser räumt ein, dass sich die Genossenschaft bewusst sei, dass das Projekt Risiken und Unsicherheiten berge, welche sie mit sorgfältiger Planung eindämmen wollten. Aus ihrer Sicht trage der Bezirk kein finanzielles Risiko, es gebe weder Bürgschaften noch Garantien. Das finanzielle Risiko trage die Genossenschaft, der Bezirk müsse sich lediglich mit dem einmaligen Investitionsbeitrag sowie den jährlich wiederkehrenden Betriebsbeiträgen beteiligen. Das Votum bezüglich versteckter Defizitgarantie im Baurechtsvertrag könne er nicht nachvollziehen und erachte er als falsch. Der Vertrag entspreche dem Standard der Schweizer Genossamen und Korporationen.

Die 2.44 Millionen jährliche Kosten für den Bezirk (Betriebsbeitrag, Abschreibung, Verzinsung) sei ein stattlicher Beitrag. Er gibt jedoch zu bedenken, dass in den letzten drei Jahren zusammen die Bezirksrechnung gegenüber dem Voranschlag um 25 Millionen Franken besser abgeschlossen habe. Von diesem Polster dürfe man der nächsten Generation etwas mitgeben.

Ein Ja zum Sportzentrum decke auch den jahrzehntelangen Bedarf an Turnhallen für den Schulsport.

Zum Thema Hallensolidarität merkt Christoph Bingisser an, dass die Gebührenordnung in der Kompetenz des Bezirksrats liege und er selber entscheiden könne, ob er für die Benützung der bezirkseigenen Turnhallen eine Gebühr verlangen wolle oder nicht. Für die Genossenschaft wäre es wünschenswert, wenn man sich auf einen gemeinsamen Tarif einigen könnte. Die Vereine stünden hinter der Hallensolidarität und den daraus resultierenden Kosten.

Die Genossenschaft sei Baurechtsnehmerin, die Genossame Dorf-Binzen sei Baurechtsgeber. Bei den Verhandlungen sei der Bezirk in der Person des Landschreibers dabei gewesen und habe Einfluss nehmen können. Der Bezirk sei ebenfalls Vertragspartner beim vorliegenden Baurechtsvertrag. Es sei ihnen ein Rätsel, warum der Baurechtsvertrag in der Botschaft nicht abgedruckt worden sei. Der Heimfall sei vertraglich nach 100 Jahren festgelegt, eine vorzeitige Verlängerung des Baurechts sei möglich und erstrebenswert.

Ein Konkursfall wäre ein Horrorszenario für die Genossenschaft, doch möchte Christoph Bingisser trotzdem kurz darauf eingehen. Zweck und Nutzung der Parzelle sei gemäss Baurechtsvertrag einge-

schränkt. Der Bezirk stehe mit einem Vorkaufsrecht nach dem Baurechtsgeber an zweiter Stelle. Seitens Genossame sei bislang kein Interesse geäussert worden, ein Sportzentrum zu betreiben, so dass das Sportzentrum im Konkursfall wohl dem Bezirk zufallen würde.

Christoph Bingisser zeigt auf, dass der Bezirksbeitrag für jeden der rund 16'000 Einwohner von Einsiedeln einen Investitionsbetrag von etwas über 1000 Franken bedeuten würde. Bei den jährlichen Kosten betrage der Betrag pro Nutzungsstunde fürs Schulturnen etwas mehr als beim Beitrag ans Hallenbad Ybrig pro Schwimmstunde. Demgegenüber bekäme der Bürger allerdings noch eine Eishalle, einen Kunstrasenplatz und die Turnhalle stünde den Vereinen ausserhalb der Schulzeiten zur Verfügung. Zudem generiere das Sportzentrum Wertschöpfung und Parkplätze in Einsiedeln.

Anhand von vergleichbaren Objekten in der Region zeigt Christoph Bingisser auf, dass massive Preissteigerungen während einer Projektphase nicht aussergewöhnlich seien. Das Projekt sei weiter ausgereift und den Empfehlungen des Fachbüros – wo als sinnvoll erachtet – Folge geleistet worden.

Christoph Bingisser appelliert, dass das Generationenprojekt für viele Jahre die letzte Möglichkeit sei, ein Sportzentrum in Einsiedeln zu realisieren.

Bezirksammann Hanspeter Egli übergibt das Wort an Bezirksrat Stefan Kälin, Ressortchef Liegenschaften Sport Freizeit, für die Stellungnahme des Bezirksrat.

Bezirksrat Stefan Kälin erinnerte an das ursprüngliche Projekt, welchem der Einsiedler Souverän an der Abstimmung am 18. Juni 2023 deutlich zugestimmt habe. Damals sei von Gesamtkosten von 27.5 Mio. Franken, 4 Mio. Franken Eigenmitteln und einem einmaligen Bezirksbeitrag von 12.5 Mio. Franken ausgegangen worden, sowie einem jährlichen Betriebsbeitrag von 1.1 Mio. Franken (inkl. 100'000 Franken Hallensolidarität).

Die Genossenschaft habe damals gesagt, dass das Projekt fertig geplant und reif für die Baueingabe sei und dass die fehlenden Eigenmittel beschafft werden könnten. Nach dem positiven Volksentscheid habe der Bezirksrat zusammen mit der Genossenschaft die überarbeitete Vorlage für die erneute Abstimmung am 30. November vorbereitet. Die Zusammenarbeit zwischen Bezirksrat und Genossenschaft sei konstruktiv und gut verlaufen, mit klaren Zeitplänen und regelmässigem Austausch.

Das Projekt sei durch die Genossenschaft überarbeitet und vom Fachbüro PBK AG erneut geprüft worden. Während das ursprüngliche Projekt 27.5 Mio. Franken gekostet hätte, liege der neue Kostenvoranschlag bei 38.6 Mio. Franken, also 40 % höher. Die Eigenmittel seien ebenfalls gestiegen – von 4 auf 6.2 Mio. Franken. Der einmalige Bezirksbeitrag betrage neu 17.4 Mio. Franken, der jährliche Beitrag 1.4 Mio. Franken (+ 300'000 Franken), wobei die 100'000 Franken Hallensolidarität weiterhin enthalten seien.

Das Projekt sei kompakter geworden und teilweise neu angeordnet, doch die Nutzung bleibe gleich. Allerdings sei bis heute keine weitere Zusage über Eigenmittel hinzugekommen.

Das Fachbüro PBK AG habe erneut auf Risiken und Unsicherheiten in finanzieller Hinsicht hingewiesen. Es empfehle, die Gesamtkosten um 1 Mio. Franken höher anzusetzen, insbesondere durch eine Reserve von 15 % statt 10 % aufgrund der Planungstiefe.

In der Betriebsrechnung sehe die PBK eine jährliche Unterdeckung von rund 200'000 Franken, insbesondere im Bereich Unterhalt, Reparatur und Ersatz. Langfristig könne diese Differenz erhebliche Auswirkungen haben.

Die Finanzierung sei derzeit nur als unverbindlicher Vorschlag vorhanden. Die genauen Konditionen stünden noch nicht fest, was die Tragbarkeit des Projekts weiter beeinflusse. Auch das inzwischen erhöhte notwendige Eigenkapital sei nach wie vor nicht gesichert.

Neben dem jährlichen Betriebsbeitrag müsse der Bezirk die Investition von 17.4 Mio. Franken über 25 Jahre abschreiben, was zusätzliche jährliche Kosten von 696'000 Franken verursache. Unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen Kapitalisierungssatzes von 2 % kämen nochmals rund 261'000

Franken hinzu. Insgesamt würde das Projekt den Bezirk also jährlich mit rund 2.357 Mio. Franken belasten. Der Bezirksrat halte eine solche Belastung für finanz- und steuerpolitisch nicht tragbar, insbesondere im Hinblick auf andere anstehende Investitionen. Dies entspreche einer Erhöhung des Steuerfusses um rund 13 Prozentpunkte.

Der Baurechtsvertrag werde zwischen der Genossenschaft Sportzentrum Allmeind und der Genossame Dorf-Binzen abgeschlossen. Der Bezirk sei zwar einbezogen gewesen, habe aber keine Entscheidungskompetenz über die finale Fassung. Die Laufzeit betrage 99 Jahre, bei Auflösung hätte die Genossame ein Vorkaufsrecht, der Bezirk wäre an zweiter Stelle. Bei einer vorzeitigen Veräusserung hätte die Genossame das Recht, den Baurechtszins anzupassen. Beim Heimfall gingen die Bauten entschädigungslos an die Genossame über.

Die Bevölkerung und der Bezirk erhielten laut Leistungsvereinbarung das Recht, die Sporthalle und Aussenanlagen zu Schulzeiten zu nutzen. Die Vereinbarung sei nach erstmals 20 Jahren kündbar. Zudem entfielen die Bezirksbeiträge, falls die Finanzierung bis Ende 2028 nicht sichergestellt sei.

Die sogenannte Hallensolidarität sei ein zentraler Punkt der Genossenschaft. Bei einer Annahme des Sportzentrums sei künftig auch die Benützung der Sporthallen des Bezirks kostenpflichtig, auch unter der Woche. Dies sei ein klarer Paradigmenwechsel. Die Gebühren bei der Genossenschaft lägen bei 20 Franken pro Stunde, während der Bezirk weiterhin von 10 Franken ausgehe. Das Hallenreglement solle entsprechend angepasst werden. Stefan Kälin zeigt, welche finanziellen Auswirkungen für die grössten Einsiedler Vereine dies nach sich ziehen würde, gemäss aktuellem Hallenbelegungsplan.

Bezirksrat Stefan Kälin erläutert die ablehnenden Argumente des Bezirkesrates. Der Bezirksrat sehe die Bedürfnisse des Schulsports beim Projekt bei weitem überschritten. Mehr als die Hälfte der Projektkosten entfielen auf den Eissport, von dem nur ein kleiner Teil der Bevölkerung profitiere. Die bestehende Eisbahn beim Brüel decke den schulischen Bedarf ab; diese wolle auch künftig an diesem Standort bleiben. Eine zusätzliche Eishalle würde im Bereich Eissport zu einer Doppelbelastung führen.

Die wiederkehrenden Kosten von 2.357 Mio. Franken pro Jahr über 25 Jahre seien eine erhebliche Belastung, zumal der Vertrag insgesamt 99 Jahre laufe. Auch die Hallensolidarität lehne der Bezirksrat ab, da die Vereine unter der Woche nicht zusätzlich für die Benützung der Hallen zahlen sollten.

Zudem bestehe ein erhebliches finanzielles Risiko, falls die Genossenschaft ihre Verpflichtungen nicht erfüllen könne oder der Baukredit überschritten werde. In einem solchen Fall wäre es wahrscheinlich, dass der Bezirk einspringen müsste – faktisch eine indirekte Defizitgarantie.

Bei einer Ablehnung der Sachvorlage werde der Bezirksrat die Planung für eine zusätzliche Turnhalle wieder aufnehmen, da der Bedarf unbestritten sei. Bei einer Annahme warte man ab, ob die Finanzierung zustande komme.

Bezirksrat Stefan Kälin verdankt und würdigt die grossen freiwilligen Leistungen der Genossenschaft, die während neun Jahren viel Herzblut in das Projekt gesteckt habe. Er anerkennt, dass das Projekt Chancen für den Bezirk biete, betonte aber, dass die Risiken überwiegen. Die Stimmbevölkerung können nun entscheiden, ob die Chancen oder die Risiken höher zu gewichten seien.

Der Bezirksrat sei zum Schluss gekommen, die Sachvorlage abzulehnen – insbesondere wegen:

- der hohen Investitionskosten (17.4 Mio. Franken Beitrag des Bezirks),
- der jährlichen Betriebsbelastung (1.4 Franken Mio.),
- der finanziellen Risiken und Unsicherheiten,
- und der geplanten Aufhebung der Gebührenfreiheit.

Bezirksammann Hanspeter Egli übergibt das Wort an **RPK-Präsident André Ott** für die

Stellungnahme der Rechnungsprüfungskommission:

«Als Rechnungsprüfungskommission haben wir die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen zur Sachvorlage ‹Investitionsbeitrag und Betriebsbeiträge an die Genossenschaft Sportzentrum Allmeind› im Rahmen unserer Möglichkeiten rechtlich, materiell und finanziell geprüft. Für die rechtliche, materielle und finanzielle Umsetzung der Sachvorlage ist der Bezirksrat verantwortlich.

Die Rechnungsprüfungskommission des Bezirks Einsiedeln empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern dem Antrag des Bezirksrates zur Ablehnung der Sachvorlage in vorliegender Form zuzustimmen.

Die Rechnungsprüfungskommission begründet ihren Entscheid

- mit der Verteuerung des Projektes,
- mit der risikobehafteten Differenz im Thema jährlicher Unterhalt/Amortisation zwischen dem Businessplan der Genossenschaft und der Einschätzung des externen Experten. Wobei das durch die Verantwortlichen der Genossenschaft Sportzentrum Allmeind in Aussicht gestellte Einsparungspotential nicht plausibel nachvollzogen werden kann,
- dass der Baurechtsvertrag lückenhaft ist und die Verhandlungen nicht fertig geführt wurden. Insbesondere, dass die Heimfallsituation im Baurechtsvertrag nicht belastbar geregelt ist, was einer verdeckten Defizitverpflichtung gleichkommt.»

Bezirksammann Hanspeter Egli eröffnet die Diskussion.

Hansjörg Birchler erklärt, er habe die Unterlagen genau studiert und sei insbesondere auf Seite 13 der Botschaft (Sicht der Genossenschaft zur Haltung des Bezirksrates) stutzig geworden. Es sei üblich, dass die Kosten bei Bauprojekten meistens höher würden mit der Zeit. Nach Anmerkungen zur Finanzierungssituation erkundigt er sich noch, was genau mit der Hallensolidarität gemeint sei.

Walter Ochsner teilt mit, er sei bis im Mai selber im Verwaltungsrat des Sportzentrum gewesen. Er fordert die RPK auf, ihre ablehnenden Argumente bezüglich Baurechtsvertrag konkreter auszuführen.

Mit der Raiffeisenbank sei die Finanzierung ausgehandelt worden, wonach der erste Teil bei einer Annahme der Sachvorlage vom Bezirk komme, der zweite Teil von der Bank und den dritten Teil müsse die Genossenschaft selber bringen. Er staune, wie der Bezirksrat darauf herumhacke, und ist der Ansicht, der Bezirksrat verwirre damit den Stimmbürger.

Zur Hallensolidarität führt er aus, sie seien der Ansicht, dass die Sportvereine, welche die Infrastruktur nutzten, auch etwas dafür bezahlen müssten. Die Kosten sollten nicht nur von der Allgemeinheit getragen werden, welche die Anlagen zum Teil gar nicht benutzen würde.

Walter Ochsner machte anschliessend einen historischen Rückblick auf die Sportinfrastruktur in Einsiedeln. Er betont, dass der Bezirk seit Jahrzehnten wenig in die Sportinfrastruktur investiert habe, zuletzt die Dreifachturnhalle Brüel, welche auf Initiative der Sportvereinigung entstanden sei. Nun stehe man wieder an einem Punkt, an dem man handeln müsse. Wenn man das Projekt jetzt nicht umsetze, werde es künftig kaum mehr möglich sein, an geeigneter Lage ein Sportzentrum zu realisieren.

Er plädierte daher dafür, das Sportzentrum zu bauen – für die Jugend, für die Vereine und für die Zukunft des Sports in der Region.

André Ott, Präsident RPK, nimmt Stellung zur Belastbarkeit des Baurechtsvertrages. Man nehme zur Kenntnis, dass es sich um einen Standard-Vertrag für Genossamen handle, der gezogene Vergleich zwischen Sportzentrum und Seedamm-Center sei bezüglich Finanzierbarkeit und Rentabilität jedoch etwas speziell. Bei einem im Vertrag vorgesehenen entschädigungslosen ausserordentlichen Heimfall scheine es klar, dass sich der Bezirk aufgrund der bedeutenden finanziellen Beteiligung nicht raushalten könnte und sich weiter um das Sportzentrum kümmern müsste. Zudem wäre dann auch noch der

Baurechtszins neu zu verhandeln. Dies sei die Risikoschätzung der RPK AG zur nicht belastbaren Baurechtsvertragssituation.

Walter Ochsner fragt nochmal nach, warum es heisse, der Vertrag sei lückenhaft und weshalb die Rede von einer «Defizitverpflichtung» sei. Für ihn sei dies gegenüber dem Bürger irreführend, da eine Defizitgarantie im Baurechtsvertrag mit keinem Wort erwähnt sei. Er fragt sich, ob man einfach Gründe suche, gegen das Sportzentrum zu sein.

Bezirksammann Hanspeter Egli hält zunächst fest, dass nicht der Bezirksrat den Entscheid treffe, sondern die Stimmbevölkerung. Er stellt weiter klar, dass der Baurechtsvertrag zwischen der Genossame Dorf-Binzen und der Genossenschaft Sportzentrum abgeschlossen werde und dass der Bezirk nicht Vertragspartei sei. Er habe lediglich Wünsche anbringen können. Unter anderem habe der Bezirk vorgeschlagen, dass beim Heimfall der Bauten ein Restwert entschädigt werden solle, sowie dass in Ziffer 7.1 eine angemessene Entschädigung aufgenommen werde. Beide Vorschläge seien jedoch von der Genossame Dorf-Binzen abgelehnt worden. Der Bezirk, für den die Vorlage eine reine Finanzvorlage darstelle, werde durch diese Punkte schlechter gestellt. Eine aktuellere Fassung des Baurechtsvertrages als diejenige vom Juni 2024 liege dem Bezirk nicht vor.

Walter Ochsner ergänzt, dass er sich gegen die Beurteilung der RPK bezüglich der Defizitgarantie wehre und stellt die konkrete Frage, wo dies stehe und wann eine solche Defizitgarantie zum Zug komme.

Adrian Näpflin erkundigt sich nach den Kosten für die Fachberatung durch das externe Büro PBK AG.

Bezirksammann Hanspeter Egli teilt mit, dass sich die Kosten auf 27'000 Franken belaufen. Dies seien als Nachtragskredit an der Rechnungsgemeinde bewilligt worden.

Urs Schönbächler (1962) betont, dass die Schulen dringend neue Sporthallen benötigten und auch die Vereine zusätzlichen Platz bräuchten – das sei unbestritten. Seiner Ansicht sei das Sportzentrum zu einseitig auf Fussball, Eis- und Hallensport ausgerichtet, während Aussenanlagen für andere Sportarten, z.B. Leichtathletik, nicht vorgesehen seien. Das vorgestellte Hallenkonzept überzeuge ihn daher nicht. Er kritisierte zudem die «Hallensolidarität», wonach sämtliche Vereine – auch in den Vierteln – Beiträge leisten sollen, auch wenn sie die Infrastruktur des Sportzentrums nicht oder kaum nutzen könnten. Aus seiner Sicht sei das nicht gerechtfertigt, zumal die Vereinsmitglieder bereits via Steuern an die Halle zahlen würden. Es sei Aufgabe des Bezirks, die neue Sporthalle zu erstellen und zu betreiben. So bliebe die Entscheidungshoheit beim Bezirk und er könne mit den Stimmbürgern selber entscheiden, was es brauche. Das betreffe auch die Kosten für Bau, Betrieb und Unterhalt. Beides könne über Steuergelder finanziert werden statt bei Privaten zusammenzubetteln. Auch die Hallensolidarität würde wegfallen. Dies sei ganz sicher die bessere Finanzierungsvariante, um langfristig die Sporthalle zu sichern. Er wünscht dazu, dass der Bezirk von der Genossame das Land zu den gleichen Konditionen bekommen würde wie die Genossenschaft Sportzentrum Allmeind. Abschliessend erklärte er, dass er am 30. November Nein stimmen werde, da er möchte, dass der Bezirk die Sporthalle baut.

Hanspeter Pfister stellt fest, dass beim Bezirk zwar von einer grossen Investitionswelle für die Jahre 2025 bis 2031 die Rede sei, jedoch nicht klar ersichtlich, welche Projekte konkret in diesem Zeitraum realisiert werden sollen. Laut Voranschlag 2025 seien unter anderem 15.7 Mio. Franken für ein neues Verwaltungszentrum, 15 Mio. Franken für das Sportzentrum sowie 19.2 Mio. Franken für Strassenprojekte eingestellt. Er stimmt dem Bezirksrat zu, dass Investitionen zwar nach Notwendigkeit und finanzieller Tragbarkeit priorisiert werden sollten, dabei aber auch der direkte Nutzen für die Bevölkerung berücksichtigt werden müsse – insbesondere für Vereine. Mit dem Sportzentrum erhalte der Bezirk für 17.4 Mio. Franken eine Dreifachturnhalle, eine Eishalle und einen Kunstrasenplatz. Die im Jahr 2023 vorgestellte neue Dreifachturnhalle beim Schulhaus Furren hätte laut damaliger Botschaft rund 10.6 Mio. Franken gekostet, mit einer üblichen Kostentoleranz von $\pm 25\%$, also maximal 13.3 Mio. Franken.

Hanspeter Pfister erinnerte daran, dass der Bezirk in den letzten vier Jahren 40 Mio. Franken besser abgeschlossen habe als budgetiert. Angesichts dieses Überschusses sei es nicht nachvollziehbar, zu

argumentieren, man könne sich das Projekt nicht leisten. Der Bezirk habe gemäss Rechnung im Jahr 2025 8.6 Mio. Franken ausgegeben für alle Liegenschaften, ohne Personalkosten. Damit seien die Mehrkosten von 1.4 Mio. Franken für das Sportzentrum verhältnismässig.

Zudem merkt er an, er habe als ehemaliger Bankfachmann noch nie gesehen, dass eine Hypothek einer solch grossen Anlage in 25 Jahren amortisiert werde; realistischer seien 30 bis 40 Jahre, was zusätzliche finanzielle Reserven eröffne. Für ihn «verhebe» das Betriebsbudget der Genossenschaft.

Er erinnert daran, dass der Bezirk Einsiedeln in den letzten 40 Jahren keine neue Turnhalle gebaut habe, sondern nur Schulhäuser in den Vierteln. Viele Vereine und Schüler seien deshalb gezwungen, auswärts zu trainieren, was Kosten und Umweltbelastungen verursache. Er schloss mit dem Hinweis, dass der Bedarf an Hallen unbestritten sei – sowohl für den Schul- als auch für den Vereinssport. Aus diesen Gründen fordert er die Anwesenden auf, am 30. November ein Ja in die Urne zu legen.

BA Hanspeter Egli merkt an, dass die Amortisation während 25 Jahren im Finanzhaushaltsgesetz geregelt und vorgeschrieben sei. Er könne sich noch gut an das Votum vor zwei Jahren von Hanspeter Pfister erinnern. Er habe schon damals den Bezirksrat ermahnt, dieser könne nicht rechnen, wobei sich die Berechnungen dann aber als richtig herausgestellt hätten.

Säckelmeister Andreas Kuriger erläutert den Unterschied zwischen der gesetzlich vorgeschriebenen Amortisation, die der Bezirk verbuchen muss und der jährlichen Rückzahlung, die die Genossenschaft an die Bank leisten muss. Er merkt aber an, dass es sich beim Sportzentrum um ein Spezialobjekt handle und nicht um ein Einfamilienhaus, welches man verkaufen könne. Daher sei es naheliegend, dass die jährliche Rückzahlung höher sei.

Robert Föllmi hält fest, dass das Sportzentrum nicht dem Bezirk gehören würde. Es sei die Genossenschaft, die bestimme, der Bezirk sei einfach der grösste Zahler. In der Grotzenmühlestrasse hätten sie jetzt schon Verkehr von morgens um 4 Uhr bis abends. Mit dem Sportzentrum würde dieser bestimmt bis nachts um 12 Uhr anhalten. Die Schulhäuser stünden zudem an ganz anderen Orten, so dass die Schüler kaum zu Fuss zur Turnstunde kommen würden. Für ihn sei klar, dass die Turnhallen zu den Schulhäusern gehören.

Erwin Kälin (1961) äussert, dass alle irgendwie recht hätten. Beim Lesen der Botschaft und nach dem Besuch der Informationsveranstaltung der Genossenschaft habe er den Eindruck gewonnen, dass sich die Beteiligten teilweise gegenseitig den «Schwarzen Peter» zuschieben würden. Dabei gehe es letztlich nur um ein fehlendes Sportzentrum. Man könne zwar immer argumentieren, dass auch andere Sportarten – wie Leichtathletik oder Schwimmen – zusätzliche Anlagen bräuchten. Doch aus Erfahrung wisse man, dass Projekte scheitern, wenn man zu viele Wünsche gleichzeitig hineinpacke. Er plädierte daher dafür, jetzt mit dem vorliegenden Projekt zu beginnen. Er erinnerte daran, dass die Vereine bereit seien, ihren finanziellen Beitrag über die Hallensolidarität zu leisten. Daher verstehe er nicht, weshalb dieses Thema immer wieder infrage gestellt werde. Man könne später, sobald das Sportzentrum stehe, weiter über Hallenverteilungen oder zusätzliche Anlagen diskutieren.

Er weist darauf hin, dass jede Investition ein gewisses Risiko beinhalte. Die Baukosten seien nun bekannt und er danke dem Bezirk, dass er diese nochmals hinterfragt habe. Die 70 % Richtofferten gäben bereits eine grosse Sicherheit. Zudem verweist er darauf, dass die Kostenschätzungen durch ein Zürcher Planungsbüro überprüft worden seien, und dass in Zürich ein anderes Kostenniveau herrsche. Er zeigte sich überzeugt, dass die Kosten realistisch angesetzt seien und keine Mehrkosten zu erwarten seien. Zum Schluss appelliert Erwin Kälin an die Anwesenden, nicht nur immer das Negative zu sehen, sondern nach vorne zu schauen und dem Sportzentrum zuzustimmen.

Wilfrid Schönbächler weist darauf hin, dass das Schulhaus Kornhausstrasse nur rund 400 Meter vom geplanten Standort entfernt liege. Dieses Schulhaus solle künftig gar noch aufgestockt werden. Weiter fragt er, wo der Bezirk die nächste Turnhalle plane. Seiner Einschätzung nach sei das Gebiet Herrenmatte/Eschbach der einzige noch mögliche Standort. Dort sei die Distanz zum nächsten Schulhaus rund einen Kilometer Luftlinie. Die Halle gehöre daher in die Allmeind.

Er nimmt zudem Bezug auf den Baurechtsvertrag und hält fest, dass darin eine Klausel zur Verlängerung vor Ablauf des Heimfalls vorgesehen sei. Wenn man immer betone, die Anlage falle gratis der Genossame zu, müsse man den Baurechtszins berücksichtigen. Der Bezirk habe kürzlich ein Baurecht mit Baurechtszinsen von 600-700 Franken pro Quadratmeter abgeschlossen, wenn er sich recht erinnere.

In Einsiedeln rede man seit 50 Jahren über neue Sportanlagen, gemacht habe man nichts. Er frage, warum der Bezirksrat so negativ sei. Er denke nicht an die Zukunft.

Abschliessend verwies er auf ein aktuelles Plakat einer Partei, das mit dem Slogan «Für unsere Jugend» warb, und zeigte sich irritiert darüber, dass die gleiche Partei, die für unsere Jugend ist, im Bezirksrat anscheinend gegen das Sportzentrum stimme.

Philippe Hartgens, Präsident EHC Einsiedeln, erklärt, dass er an diesem Abend nicht nur die Interessen seines Vereins, sondern vor allem die der nächsten Generation vertrete. Er betonte, dass bei der bisherigen Diskussion viele Zahlen und Projekte thematisiert würden, jedoch die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen oft in den Hintergrund geraten seien. Er wisse nicht, wo seine frühere Energie hingegangen wäre, wenn er bei der Ringerriege und später beim Fussballclub wegen fehlender Infrastruktur keinen Platz gefunden hätte. Es gehe heute vielen Kindern so, dass sie viel Energie hätten, die sie nicht frei ausleben könnten, wenn die entsprechenden Sportinfrastrukturen fehlten.

Aus seiner Sicht brauche es das geplante Sportzentrum, um allen Kindern die Möglichkeit zu geben, Sport zu treiben, und dies auch langfristig für die zukünftige Generation, die nicht automatisch bereit sei, grossen Aufwand zu leisten, um Sport zu treiben. Er wolle nicht wissen, was all die Kinder mal kosten würden, die nicht die Gelegenheit haben, sich beim Sport auszutoben. Das koste wahrscheinlich einiges mehr als das Sportzentrum, auf die Jahre gerechnet. Abschliessend appellierte er an die Anwesenden für ein Ja am 30. November.

Meinrad Bisig, Präsident der Genossenschaft Sportzentrum Allmeind, hält fest, dass er die Chancen des Projekts höher gewichte als die Risiken. Sie hätten nun neun Jahre intensiv am Projekt gearbeitet. Bereits 2022 sei es parat gewesen, 2023 sei über die Initiative abgestimmt worden. Aufgrund von Änderungen und Entwicklungen (Weltgeschehen) sei das Projekt nochmals überarbeitet worden, einschliesslich einer Neuberechnung der Kosten. Ihr Kostenrahmen von 34 Millionen sei durch das externe Gutachten weiter erhöht worden. Mit einem Ja der Stimmbevölkerung werde die Bank ihren Teil beitragen, so dass die Genossenschaft noch die 6 Millionen Eigenmittel beschaffen müsse. Zur Hallensolidarität führte er aus, dass diese seit 2018 von den Vereinen unterstützt werde. Auch die Gemeinde Muotathal habe Mitte der 90er-Jahre eine Dreifachturnhalle aufgestellt. Dort zahlen alle Vereine auch unter der Woche einen Kostenbeitrag für die Benützung der Halle.

Er betrachte das Sportzentrum als eine Chance für Einsiedeln. Er weist darauf hin, dass es sehr viele aktive Sportvereine gebe, die ehrenamtlich tätig seien und sich für Jugendförderung und -betreuung engagierten. Er wünsche, dass dieses Engagement auch in Zukunft unterstützt und erhalten bleibe. Das Sportzentrum könne ein generationenübergreifender Treffpunkt für alle Sportler werden. Abschliessend appellierte er, die Chance zu nutzen und für das Sportzentrum zu stimmen, um zu zeigen, dass dieses Projekt erfolgreich umgesetzt werden könne.

Karl Wehrli teilt mit, dass er sich mit der Hallensolidarität nicht anfreunden könne. Er frage, ob nur die Benützer der Turnhalle zahlen müssten, oder auch der Jodelclub, wenn er ein Schulzimmer benötige oder der Einwohnerverein, der ein Foyer brauche? Sind nur Sporthallen gemeint oder alle Bezirksräumlichkeiten? Er finde das nicht transparent gegenüber den Viertelseinwohnern. Bei der Abstimmung zum Dorfzentrum habe man den Vereinen auch versprochen, dass diese selber wirten könnten, was aber nicht eingetroffen sei.

Bezirksammann Hanspeter Egli führt aus, dass in der Botschaft unter Punkt 5, Seite 22, ausgeführt sei, dass das Sportzentrum auf der Hallensolidarität fusse und dass dies grundsätzlich auch für die eigenen Sporthallen gelte. Die Höhe dieses Beitrags müsse später in einer Gebührenordnung festgelegt werden, wobei noch nicht abschliessend geklärt sei, welche Räumlichkeiten davon betroffen seien.

Aus der Versammlung erfolgt keine weitere Wortmeldung.

Der Bezirksammann verliest die Abstimmungsfrage und den

Antrag des Bezirkrats:

«Der einmalige Investitionsbeitrag in der Höhe von 17.4 Millionen Franken und der jährlich wiederkehrenden Betriebsbeitrag von 1.4 Millionen Franken an die Genossenschaft Sportzentrum Allmeind, die entsprechende Leistungsvereinbarung und die Aufhebung der Gebührenfreiheit für die Sportvereine bei der Benützung der bezirkseigenen Sportinfrastruktur (‹Hallensolidarität›) sei abzulehnen.»

Die Sachvorlage wird an die Urnenabstimmung vom 30. November 2025 überwiesen.

2 Planungskredit Ersatz Kindergärten und Erweiterung Kornhausstrasse

Bezirksammann Hanspeter Egli macht darauf aufmerksam, dass die Sachvorlage in der Botschaft auf den Seiten 23 bis 29 erläutert werde. Er übergibt das Wort an Bezirksrätin Leta Bolli für die Präsentation der schulischen Aspekte der Vorlage.

Bezirksrätin Leta Bolli, Ressortchefin Bildung und Kultur, führt aus, dass der Kindergarten an der Kornhausstrasse 1963 eingeweiht worden sei und dass im Jahr 2023 erhöhte Naphthalin-Werte festgestellt worden seien. Dieser Schadstoff sei sowohl in Böden als auch in Wänden und Fenstern enthalten, da beim Bau in Teer getränkte Materialien verwendet worden seien. Naphthalin könne gesundheitliche Probleme wie Kopfschmerzen, Übelkeit oder Augenbrennen verursachen. Nach der Feststellung seien sofortige Massnahmen ergriffen worden, darunter Luftfilteranlagen, die rund um die Uhr betrieben werden, um die Schadstoffwerte zu senken. Diese stellten jedoch nur eine Notlösung dar und beeinträchtigten die Lernumgebung. Zudem setze sich der «müffelige» Geruch in allen Materialien und Kleidern ab. Es sei daher notwendig, langfristige Massnahmen für eine sichere und gesunde Lernumgebung zu ergreifen.

Sie betont, dass eine vollständige Sanierung des 60 Jahre alten Gebäudes unverhältnismässig sei. Hinsichtlich der Frage, ob beide Kindergärten an der Kornhausstrasse künftig noch benötigt würden, verwies sie auf die Prognosen bis 2040, welche stabile bis leicht steigende Schülerzahlen erwarten lassen. Daraus ergebe sich, dass beide Kindergärten weiterhin erforderlich seien. Gleichzeitig solle der Neubau genutzt werden, um im Obergeschoss zwei zusätzliche Schulzimmer zu schaffen, um bestehende Raumprobleme in der Primar- und Oberstufe zu lösen. Im Dorf bestehe zurzeit ein Defizit von zwei Schulzimmern auf der Primarstufe. Diese Klassen würden aktuell in das Schulhaus Brüel ausgelagert, was für Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schüler suboptimal sei, da die Lehrpersonen von ihrem Team getrennt seien und unterschiedliche Bedürfnisse bestünden. Die Verschiebung der beiden Klassen zurück in die Kornhausstrasse solle dies korrigieren.

Weiterhin erläutert sie, dass langfristig, bis 2040, mit einem Anstieg der Schülerzahlen in der Oberstufe gerechnet werde, wodurch zusätzliche Klassen eröffnet werden müssten. Durch die Aufstockung des Kindergartens um zwei Schulzimmer könnten die derzeit von der Primarschule genutzten Räume künftig der Oberstufe zugewiesen werden. Gleichzeitig sollen Einschulungen in Benna und Trachslau zur Entlastung des Dorfes beitragen, da dort Infrastruktur und Raumreserven vorhanden seien.

Abschliessend übergibt sie das Wort an Bezirksrat Stefan Kälin für die Präsentation des Projekts.

Bezirksrat Stefan Kälin, Ressortchef Liegenschaften Sport Freizeit, zeigt die Situation des Schulhausareals Kornhausstrasse auf. Das Altbaugebäude des Kindergartens sei energetisch ineffizient und es lohne sich nicht, nur punktuell gegen die Naphthalinbelastung vorzugehen, sondern man müsse das Gebäude gesamthaft angehen.

Der Kern des Projekts sei der Ersatz der beiden Kindergärten, die zwei erwähnten zusätzlichen Schulzimmer im Obergeschoss sowie 25 Parkplätze. In einer Machbarkeitsstudie sei geprüft werden, ob das Raumprogramm inkl. Garderobe, Vorbereitungszimmer, WC etc. mit dem beschränkt verfügbaren

Platz umgesetzt werden könne. Die Machbarkeit sei von Architekt Fritz Kälin erarbeitet worden, welcher bereits das Schulhaus geplant und die Aufstockung durchgeführt habe.

Durch die Ausrichtung des neuen Kindergartenteils könnte ein grösserer Pausenplatz geschaffen werde, was dringend notwendig sei. Der überdachte Pausenplatz sei ein besonderes Qualitätsmerkmal, da er sowohl bei schlechtem Wetter als auch im Sommer genutzt werden könne. Die 25 Parkplätze in der Tiefgarage könnten tagsüber von der Lehrerschaft genutzt werden, am Abend sowie bei Veranstaltungen im Dorfzentrum oder Chärnehus von der Öffentlichkeit.

Im ersten Stock sei der Kindergartenbereich mit Gruppenräumen auf beiden Seiten angeordnet, Garderoben und WCs seien vorgesehen. Im Stock darüber liessen sich die zwei Schulzimmer realisieren, ebenfalls mit Gruppenräumen und Nasszellen. Dies sei bisher eine Machbarkeitsprüfung, die noch Raum für Anpassungen biete. Grundsätzlich sei die Erkenntnis, dass das Raumprogramm auf dem vorhandenen Areal realisiert werden könne.

Die Kostenschätzung liege bei 8 Mio. Franken mit einer Kostengenauigkeit aufgrund des Projektstandes von $\pm 25\%$. Aus diesem Betrag leite sich der Planungskredit von 400'000 Franken ab (5 %), welcher in den 8 Millionen Franken enthalten sei.

Bezirksrätin Leta Bolli legt die Nachteile des Projekts dar. Der Pausenplatz sei nicht sehr gross und man wolle noch zwei zusätzliche Klassen dort beschulen. Das müsse man betrieblich lösen, z.B. durch versetzte Pausenzeiten. Das Rhythmusprogramm, auf welches sich die RPK in ihrer ablehnenden Haltung beziehe, sei mit dem neuen Finanzausgleich nicht mehr verbindlich, sondern sei in Empfehlungen umgewandelt worden. So gebe es auch keine Beiträge vom Kanton mehr an Schulhausbauten.

Bezirksrat Stefan Kälin ergänzt, dass der Bau einer Turnhalle auf dem heutigen Pausenplatz nicht möglich sei, da man so den Schülern den Pausenplatz komplett wegnehmen müsste. Grundsätzlich sei es denkbar, eine Turnhalle im Boden zu bauen, dort gäbe es jedoch gesetzliche Bestimmungen zu berücksichtigen. Die massiv höheren Kosten (Faktor 2) für eine Turnhalle im Untergrund seien jedoch der Hauptgrund gegen diese Variante. Allenfalls denkbar, aber noch nicht weiter abgeklärt, sei eine Einfachturnhalle auf dem Dach des geplanten Anbaus.

Auf die Frage nach möglichen weiteren Standorten für eine zusätzliche Turnhalle des Bezirks nennt Stefan Kälin die Schulanlage Furren, auf welcher bereits 2023 ein Projekt präsentiert worden sei, sowie das Schulareal Nordstrasse. Auch im KK Zwei Raben sei man dran, eine Komplettplanung zu machen. Es sei auch da denkbar, eine Turnhalle zu integrieren. Weiter befinde sich beim Feuerwehrlokal in der Langrüti das wohl grösste Areal in der ÖBA-Zone, mit identischer Distanz zu den Schulanlagen wie das Sportzentrum Allmeind. Es sei auch möglich, mit privaten Landbesitzern das Gespräch zu suchen.

BR Leta Bolli und BR Stefan Kälin fassen die Vorteile der Sachvorlage zusammen:

- Notwendiger Ersatz des schadstoffbelasteten Kindergartens
- Sicherer und gesunder Lernort für Kinder und Lehrpersonen
- Wachsende Oberstufe kann über die benötigten Schulzimmer im Schulhaus Brüel verfügen. Furren-Brüel bildet so eine Oberstufeneinheit, es gibt keine «Satelliten-Klassen» mehr im Schulhaus Brüel
- Weniger lange Schulwege (z.B. für Kinder aus der hinteren Kornhausstrasse)
- Auf Wachstum im Süden ist man vorbereitet
- Wirtschaftlich sinnvollste Lösung, da der Kindergarten sowieso saniert werden muss

Bezirksrat Stefan Kälin weist abschliessend auf den Zeitplan hin. Nach der Abstimmung über den Planungskredit am 30. November 2025 würde bei einer Annahme ein Vorprojekt mit Kostengenauigkeit $\pm 15\%$ bis Sommer 2026 ausgearbeitet, welches im Frühling 2027 als Baukredit zur Abstimmung käme. Bei erneuter Gutheissung an der Urne könnte im Sommer 2028 mit dem Bau gestartet werden.

Bezirksammann Hanspeter Egli übergibt das Wort an **RPK-Mitglied Urs Fässler** für die

Stellungnahme der Rechnungsprüfungskommission:

«Als Rechnungsprüfungskommission haben wir die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen zum Planungskredit «Ersatz Kindergärten und Erweiterung Kornhausstrasse» im Rahmen unserer Möglichkeiten rechtlich, materiell und finanziell geprüft. Für die rechtliche, materielle und finanzielle Umsetzung der Sachvorlage ist der Bezirksrat verantwortlich.

Die Rechnungsprüfungskommission des Bezirks Einsiedeln empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, den Antrag des Bezirksrates zur Annahme des Planungskredits in der vorliegenden Form abzulehnen.

Sie begründet ihren Entscheid damit, dass, obwohl die Dringlichkeit für eine sichere und gesunde Lernumgebung und der Ersatz der Kindergärten unbestritten ist, ein weiterer Ausbau der Schulanlage Kornhausstrasse ohne Einbezug einer Schulportlösung im Bereich «Dorf Süd» als problematisch im Sinne des kantonalen Rhythrauprogrammes erscheint.»

Bezirksammann Hanspeter Egli eröffnet die Diskussion

Hansjörg Birchler möchte wissen, seit wann die Belastung durch Naphthalin bestehe und ob dieses Problem mittlerweile gelöst sei.

Bezirksrätin Leta Bolli teilt mit, dass die Schadstoffbelastung seit dem ersten Tag bestehe, weil die teergetränkte Kornschüttung die Schadstoffe seit dem Bau abgebe. Auf die Nachfrage von Hansjörg Birchler, ob es nicht die Möglichkeit gebe, dieses Problem z.B. in den Sommerferien mit baulichen Massnahmen zu beheben, erwidert sie, dass es in den Böden und Wänden drin sei und man das gesamte Haus aushöhlen müsste.

Dominik Süss, Präsident Die Mitte Einsiedeln, teilt mit, dass seine Partei dem Planungskredit einstimmig zugestimmt habe. Er weist auf das Paradoxon hin, dass beim Sportzentrum mit der Gesundheit von jungen Menschen argumentiert werde, gleichzeitig gäbe es im Kindergarten Schadstoffe, die manche Kreise nicht angehen wollten. Dies reiche seiner Meinung nach, die Vorlage an die Urne zu überweisen und anzunehmen.

Adrian Näpflin, merkt an, dass man für 8 Millionen Franken mehr als bloss zwei Klassenzimmer realisieren könne. Die Kosten seien aufgrund der unsicheren Schätzungen von $\pm 25\%$ noch sehr schwammig. Vor einiger Zeit habe man noch zwei Klassenzimmer im Gebäude zwischen dem Fussballplatz und der Immobilien gemietet (Quadrakorn), was nun wieder aufgelöst worden sei. Er fragt, warum man diese Möglichkeit nicht weiterhin nutze, um die Schüler zu versorgen, anstatt jetzt in eine unsichere und teure Lösung zu investieren. Er sprach auch die aktuelle Problematik mit Bauten im Grundwasserspiegel an und fragt, ob dies bei diesem Projekt berücksichtigt worden sei.

Bezirksrätin Leta Bolli nimmt Stellung zu den eingemieteten Schulzimmern. Tatsächlich habe man vier Schulzimmer eingemietet. Unten sei eine Metzgerei, oben die Amtsvormundschaft, ein Aussenraum fehle gänzlich. Für eine Zwischenlösung könne man so etwas mache, doch sei das kein schönes Schulumfeld, welches man den Kindern bieten wolle.

Bezirksrat Stefan Kälin führt aus, dass die Kostengenauigkeit von $\pm 25\%$ bei einer Machbarkeitsstudie üblich sei. Bei einer Machbarkeitsstudie schaue man nur, ob das Raumkonzept auf dem Gelände überhaupt verwirklicht werden könne. Eine genauere Kostenschätzung würde viel höhere Planungskosten verursachen. Weiter weist er daraufhin, dass in den 8 Millionen Franken nicht nur die zwei Schulzimmer enthalten seien, sondern auch zwei Kindergärten und eine Tiefgarage. Sobald man graben müsse, werde es teuer, womit vor allem die Tiefgarage beim Preis zu Buche schlage.

Bezirksrat Jürg Kalbermatten informiert über die per sofort in Kraft gesetzte Praxisänderung des Kantons zu Bauten im Grundwasser. Diese beträfe etwa 60 % aller Baugesuche und demnach könnten keine Keller mehr gebaut werden. Der Bezirksrat habe eine kritische Rückmeldung nach Schwyz gemacht, wonach die Änderung ohne Übergangsfrist als widerrechtlich erachtet werde. Der Kantonsrat

werde demnächst einen Dringlichkeitsantrag stellen, um die Praxisänderung wieder rückgängig zu machen und Rücksprache mit den Gemeinden zu nehmen. Falls es bei der Praxisänderung bleiben sollte, seien Bauten bei öffentlichem Interesse grundsätzlich weiterhin möglich, er würde dies jedoch nicht empfehlen, da dies auf einen langwierigen Bewilligungsprozess rauslaufen würde.

Walter Ochsner teilt mit, dass er bereits in diesem Gebäude im Kindergarten gewesen sei und jetzt seine Enkel. Es stinke da drin, das sei nicht zumutbar. Da hätte der Bezirk schon lange handeln müssen. Zu bedenken gibt er die hohen Kosten für die 20 Tiefgaragenplätze. Ob der Kindergarten zu Oberstufen- oder Primarklassen gehöre, sei wieder eine andere Frage.

Bezirksrätin Leta Bolli, ergänzt, dass nicht vorgesehen sei, Oberstufenschüler zu Primarschülern zu versetzen. Man wolle Primarschüler zu anderen Primarschülern verlegen und die Oberstufenschüler dort lassen, wo sie sind.

Kantonsrat Daniel Kälin, Präsident SVP Einsiedeln, hält fest, dass er nicht daran zweifle, dass der Kindergarten saniert bzw. neu gebaut werden müsse. Aus Sicht der SVP seien bestimmte Aspekte im vorliegenden Projekt noch nicht ausreichend berücksichtigt. So werde im vorliegenden Projekt lediglich der aktuelle Bedarf mit zwei zusätzlichen Schulzimmern abgedeckt, er rechne jedoch künftig mit einem weiteren Kinderzuwachs. Das zweite sei der Turnhallenbedarf im Bezirk Einsiedeln. Bei einem Nein zum Sportzentrum habe man weiterhin keine Halle, um den Schulsport zu decken. Aus diesem Grund sei es aus Sicht der SVP wichtig, den Planungskredit für das Schulhausprojekt noch einmal zu überprüfen, weshalb sie einen Rückweisungsantrag stellen. Daniel Kälin verliert den Antrag:

«Das Projekt der Machbarkeitsstudie Variante 1 sei mit folgenden Erweiterungen zu versehen:

- Es ist eine angedeutete Turnhalle in das Projekt einzuschliessen und entsprechend in die Planung zu integrieren;
- Es sind neben dem Kindergarten vier Klassenzimmer zu planen;
- Der Planungskredit ist um den entsprechenden Betrag zu erhöhen. Der neu berechnete Planungskredit sei der Bezirksgemeinde nochmal zur Diskussion zu unterbreiten.

Begründung: Der Bedarf an einer Turnhalle sei ausgewiesen, trotz einer allfälligen Realisierung des Sportzentrums Allmeind. In der Botschaft werde auf die Schülerbewegungen hingewiesen. Dies treffe auch auf das Schulturnen zu. Aus diesem Grund sei es notwendig, für das Schulhaus Kornhausstrasse eine eigene Turnhalle zu planen. Der Beginn sei erst für 2028 vorgesehen, so dass noch Zeit bleibe, die Machbarkeitsstudie entsprechend anzupassen.»

Abschliessend bittet er die Bezirksgemeinde, dem Antrag zuzustimmen.

Bezirksrätin Leta Bolli stellt klar, dass man eine Schülerprognose gemacht habe. Diese Prognose gehe davon aus, dass man die zusätzlichen Schüler in den bestehenden Klassen unterbringen könne und die Klassenanzahl im Dorf somit nicht erhöhen müsse. Sie betont, dass die Schule stets den verfügbaren Raum ausnutze, und auch wenn immer Bedarf an zusätzlichen Räumen bestehe, könne sie die Notwendigkeit für mehr Klassenräume im aktuellen Projekt nicht begründen. Was nach 2040 komme, wisse sie nicht. Man versuche aber, das Dorf zu entlasten, indem z.B. Kinder von der Wäni konsequent in Trachslau eingeschult würden und Kinder vom Birchli in Gross. Auf diese Weise könnten die bereits bestehenden Schulhäuser in den umliegenden Vierteln, die über eine gute Infrastruktur verfügten, gefüllt werden.

Zum Thema Sportzentrum und den Turnhallen ergänzt sie, dass das Sportzentrum Allmeind zwar gut erreichbar wäre, man aber noch weitere Klassen dorthin schicken müsste, welche dann einen deutlich weiteren Weg hätten. Daher sei eine zusätzliche Halle beim Schulhaus Kornhausstrasse nicht zielführend. Bei einem Nein zum Sportzentrum Allmeind sei die Situation anders, dann müsse man dies mitplanen.

Bezirksrat Stefan Kälin erklärt, dass bei einem Ja am 30. November ein Planungskredit von 400'000 Franken für die Planung des ausgearbeiteten Projekts zugesprochen werde. Bis im Frühling 2027 habe man dann Zeit, um alles zu planen und zu klären, einschliesslich der Turnhallenfrage. Bei einem Ja zum Sportzentrum werde man dies einfließen lassen. Bei einem Nein zum Sportzentrum wolle der Bezirksrat selber bestimmen, ob der Standort Kornhausstrasse für eine Turnhalle sinnvoll sei oder ein anderer Standort womöglich besser wäre.

Falls der Rückweisungsantrag angenommen würde, wäre der Bezirk verpflichtet, auf dem Areal der Schule Kornhausstrasse eine Turnhalle zu realisieren, obwohl es womöglich andere Möglichkeiten gäbe.

Kantonsrat Daniel Kälin zweifelt an der Schülerprognose bis 2040, da man nie genau wisse, wie es dann wirklich rauskomme. Er fragt, wohin man mit den Kindergärten gehe, die derzeit in den bestehenden Räumen untergebracht sind und merkt an, dass man Schulzimmer, welche man allenfalls noch nicht als Klassenzimmer brauche, auch z.B. als Musikzimmer nutzen könne.

Bei einer Vertagung des Geschäfts kenne man das Resultat der Abstimmung zum Sportzentrum und könne die Zeit bis dahin nutzen, um mittels Projektstudie aufzuzeigen, was punkto Turnhalle beim Schulhaus Kornhausstrasse möglich sei.

Ganz zufrieden sei er mit der Antwort der Bezirksrats nicht, die Entscheidung über die Annahme des Rückweisungsantrags liege aber letztlich bei der Bezirksgemeinde.

Bezirksrat Stefan Kälin wiederholt, dass die Turnhallenfrage bei der zweiten Abstimmung zum Baukredit geklärt sein werde.

Bezirksammann Hanspeter Egli erläutert, weshalb die zwei Sachvorlagen zum Sportzentrum und zum Schulhaus Kornhausstrasse gemeinsam zur Abstimmung kommen. Ursprünglich habe man die Abstimmung über das Sportzentrum bereits im Mai abhalten wollen, doch das sei dann zeitlich nicht möglich gewesen. Er betont, dass es nicht sinnvoll sei, zusätzliche Sporthallen oder Räume für die Schule zu planen, bevor die Entscheidung über das Sportzentrum getroffen werde. Man wolle nicht auf Vorrat bauen. Bezüglich der Schülerzahlen erwähnt er, dass Einsiedeln vor 20 Jahren 3'000 Einwohner weniger gehabt habe, bei gleich vielen Schülern. Daher seien Prognosen sehr schwierig.

Thomas Kälin (1980) hat Mühe, wenn er dem Ganzen zuhört. Er erachtet es als ein Ausspielen zwischen den beiden Projekten. Der Bedarf sei klar, aber man habe keinen Plan. Er verstehe nicht, weshalb man keine gemeinsame Lösung für die vorhandenen Bedürfnisse finde. Er hinterfragt auch die Ausdehnung der Schulgrenzen und die damit verbundenen Probleme. Es brauche bei allen Projekten, wie auch beim KK Zwei Raben oder dem Bahnhofsareal gute und mehrheitsfähige Lösungen, welche er aktuell nicht erkenne. Die Lösung für die vorliegenden Sachvorlagen sei einfach: Das Sportzentrum soll angenommen werden, um das Hallenproblem zu lösen, und zusätzlich sollen zwei Kindergärten gebaut werden. Abschliessend appelliert er an den Bezirk, für «gewisse Sachen» einen Plan und saubere Konzepte zu überlegen.

Bezirksammann Hanspeter Egli stellt fest, dass die Diskussion erschöpft ist und lässt über den Rückweisungsantrag abstimmen, nachdem er den Antrag nochmals verlesen hat.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

Die Bezirksgemeinde lehnt den Rückweisungsantrag mit deutlicher Mehrheit ab.

Bezirksammann Hanspeter Egli verliest die Abstimmungsfrage sowie den

Antrag des Bezirkrates:

«Dem Planungskredit von 400 000 Franken für die Erweiterung der Schulanlage Kornhausstrasse sei zuzustimmen.»

Die Sachvorlage wird an die Urnenabstimmung vom 30. November 2025 überwiesen.

3 Einbürgerung

Bezirksammann Hanspeter Egli verweist bezüglich der Details zum Bürgerrechtsbewerber Ill Zeqiri auf Seite 30 der Botschaft und bittet den Gesuchsteller, sich kurz vorzustellen.

Yll Zeqiri stellt sich der Bezirksgemeinde vor.

Der Bezirksammann erkundigt sich bei den Versammlungsteilnehmern, ob Fragen zum Einbürgerungsgesuch bestehen oder ein begründeter Gegenantrag gestellt werde. Aus der Versammlung erfolgt keine Wortmeldung.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

- Yll Zeqiri wird in das Bürgerrecht von Einsiedeln aufgenommen;
- der Neubürger hat eine Einbürgerungsgebühr von 3'600 Franken zu entrichten;
- vorbehalten bleibt die Aufnahme in das Kantonsbürgerrecht.

Der Bezirksammann gratuliert dem Neubürger und heisst ihn als Einsiedler herzlich willkommen.

4 Varia

Keine Wortmeldungen

Bezirksammann Hanspeter Egli dankt allen Anwesenden für ihr Erscheinen und schliesst die Versammlung um 22.15 Uhr.

Für das Protokoll:

Bezirksrat Einsiedeln

Hanspeter Egli
Bezirksammann

René Birchler
Landschreiber-Stv.

Vom Bezirksrat genehmigt an der Sitzung vom 29. Oktober 2025 mit Beschluss Nr. 2025.272

Zufertigung (als PDF per eMail):

Alle Bezirksräte (9), Landschreiber, RPK-Präsident, alle Abteilungsleitenden (7), Heimleiter APH Langrüti, Leiterin Personal, Webmaster (zur Veröffentlichung auf der Webpage)